

Winnender Zeitung

www.winnender-zeitung.de



ZVW Zeitungsverlag Waiblingen E 5759 Donnerstag, 14. Januar 2021 171. Jahrgang Nr. 10 2,20 Euro

Winnenden

Wenn auf dem Friedhof die großen Gräber selten werden

Es ist ein Phänomen, das man auf allen Friedhöfen des Landes beobachten kann: Die großen Gräber mit Grabstein und stets gepflegter Grabpflanzung werden immer weniger. Auf dem Winnender Stadtfriedhof sieht man noch viele, aber bei Beisetzungen überwiegt die Urne. Die Stadt reagiert auf diesen Trend mit Neuerungen.

► Seite B 1



Stadtfriedhof: An dieser Stelle wird umgestaltet. Foto: Palmizi

Rems-Murr-Kreis

Der Winter sorgt für Verdross bei Autofahrern

Am Mittwoch früh waren die Straßen stellenweise spiegelglatt. Auf den Höhen des Welzheimer Waldes oder den Berglen liegt Schnee, auf den Straßen herrschen wintertypische Verhältnisse. Was ein Höhenunterschied von nur wenigen Hundert Metern ausmacht, lässt sich in den Tälern sehen. Schnee? Keine Spur. Die Polizei hatte nicht viel zu tun.

► Seite C 1



Manche Straße (hier: Laufenmühle) war am Morgen noch nicht geräumt. F.: Schneider

Wir sind für Sie da

Aboservice 07151 566-444
aboservice@zvw.de

Anzeigen 07151 566-411
anzeigen@zvw.de

Redaktion
Lokal 07195 6906-49
winnenden@zvw.de
Kreis 07151 566-275
kreis@zvw.de
Sport 07151 566-282
sport@zvw.de

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13939,71 Pkt. +14,65 Pkt.	3616,51 Pkt. +4,38 Pkt.	1,2166 Dollar +0,005 Cent

Wetter



Ein Lob an die Mitarbeiter der Bauhöfe



Der Wintereinbruch im Welzheimer Wald bedeutet für die Winterdienste und die Teams in den Bauhöfen viel Arbeit rund um die Uhr. Auch

die Mitarbeiter des Welzheimer Bauhofs sorgen im Winter dafür, dass möglichst schnell alle wichtigen Straßen und Zufahrtswege für den

Verkehr frei werden. Wir begleiteten den Winterdienst, der tagsüber und nachts im Einsatz ist. (Foto: Steinemann).
► Seite B 5

Umfrage: Grüne und CDU im Land gleichauf

Kretschmann ist bei Wählern beliebter als seine Herausforderin Eisenmann.

STUTTGART. Zwei Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg liefern sich Grüne und CDU ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Würde der Landtag an diesem Sonntag gewählt werden, kämen die beiden derzeitigen Regierungspartner jeweils auf 30 Prozent. Das geht aus einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der „Bild“-Zeitung hervor: Im Vergleich zur letzten Insa-Umfrage vor zwei Monaten verliert die CDU einen Prozentpunkt und die Grünen gewinnen einen Punkt hinzu.

SPD und AfD liegen laut der Umfrage bei je zwölf Prozent. Die FDP steigt um einen Punkt von sieben auf acht Prozent. Die Linke wäre mit vier Prozent erneut nicht im Landtag vertreten und erlebt ein Minus von einem Punkt im Vergleich zum November.

Im direkten Vergleich liegt der grüne Regierungschef Winfried Kretschmann (52 Prozent) in der Wählergunst weit vor seiner Herausforderin Kultusministerin Susanne Eisenmann von der CDU (12). Die Landtagswahl findet am 14. März statt. (dpa)

Mehrheit glaubt nicht an Aufschwung in diesem Jahr

BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen: Die Stimmung im Land ist gedämpft, viele kritisieren den Rückstand bei der Digitalisierung und befürchten verödete Innenstädte.

VON DANIEL GRÄFE

STUTTGART. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg erwartet keinen Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr. 37 Prozent glauben, dass es 2021 „eher bergab“ geht, nur 28 Prozent rechnen mit dem Gegenteil. Die übrigen erwarten keine wesentliche Veränderung. Das ist ein Ergebnis des BaWü-Checks, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zur wirtschaftlichen Lage im Südwesten durchgeführt wurde.

Das Umfrageergebnis unterscheidet sich damit deutlich von den Prognosen der meisten Konjunkturforscher, die für die deutsche Wirtschaft derzeit ein Wachstum von 3,1 bis 4,2 Prozent vorhersehen.

Zum Zeitpunkt der repräsentativen Umfrage, die zu Beginn des Lockdowns im vergangenen Dezember durchgeführt wurde, sorgte sich jeder Achte um den eigenen Arbeitsplatz. Jeder zehnte Berufstätige im Land war schon einmal in Kurzarbeit, jeder siebte war es zum Zeitpunkt der Befragung. Die wirtschaftlichen Folgen treffen die Bürger aber unterschiedlich stark. „Die schwä-

49

Prozent der Befragten erwarten, dass die Bedeutung der Automobilindustrie in Baden-Württemberg sinkt.

14

Prozent der Berufstätigen waren zum Zeitpunkt der Umfrage in Kurzarbeit.

charen sozialen Schichten mit einem niedrigeren Einkommen und einem niedrigeren Bildungsniveau sind ganz klar überproportional von der Krise betroffen“, sagte IfD-Chefin Renate Köcher.

Der BaWü-Check fragte auch die Meinung zu wesentlichen strukturellen Veränderungen infolge der Krise ab: So befürchtet eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, dass in den Innenstädten infolge von Insolvenzen viele Geschäfte, Restaurants und Cafés verschwinden werden. Vier von zehn Befragten glauben, dass die Citys dadurch dauerhaft an Attraktivität verlieren werden.

Fast 60 Prozent der Befragten glauben, dass die baden-württembergischen Unternehmen beim Thema Digitalisierung hinterhinken, nur jeder Fünfte sagt, dass sie gut aufgestellt sind. Kritisch wird mit dem Automobilbau auch eine der Schlüsselindustrien im Land gesehen: Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass die Branche auch in den kommenden Jahren zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird. Jeder Zweite hingegen erwartet, dass die Bedeutung der Automobilindustrie sinkt.
► Leitartikel

Lobbyisten im Landtag sollen sich registrieren

Künftig soll jeder sehen können, wer auf Gesetze Einfluss genommen hat.

STUTTGART. Organisationen und Verbände, die ihre Interessen beim Landtag vertreten, sollen sich von der kommenden Legislaturperiode an in eine öffentlich einsehbare Liste beim Landtag eintragen. Die Fraktionschefs von Grünen, CDU, SPD und FDP einigten sich auf einen gemeinsamen Entwurf, der unserer Zeitung vorliegt. Darin ist auch vorgesehen, dass die Landesregierung für sich regeln soll, wie sie kenntlich macht, wer auf ihre Gesetzentwürfe Einfluss genommen hat. Bußgelder für etwaige Verstöße, wie etwa von den Sozialdemokraten gefordert, sieht der Gesetzentwurf allerdings nicht vor.

„Mit einem Gesetz für ein Lobbyregister sorgen wir jetzt für Klarheit, wer welche Interessen gegenüber dem Landtag, aber auch gegenüber der Landesregierung vertritt“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Uli Seckerl. „Das können die Menschen ab der kommenden Wahlperiode dann nachvollziehen.“ (ang)

Kretschmann: Härtere Ausgangssperren drohen

Der Ministerpräsident warnt vor Corona-Mutanten.

VON CHRISTINE KECK UND ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat für den Fall einer weiteren Corona-Ausbreitung eine deutliche Verschärfung der Ausgangssperren angedeutet. „Wenn das richtig aus dem Ruder läuft, wie wir das in London oder so sehen, und wenn das Gesundheitswesen kollabiert, dann muss man drastische Ausgangssperren machen. Das ist dann das einzige Mittel“, sagte er auf einer digitalen Veranstaltung der Grünen-Landtagsfraktion.

Kretschmann warnte auch vor der Gefahr von Mutationen, die „zur Stilllegung bestimmter Bereiche der gesamten Wirtschaft“ führen könnten. Deshalb müsse mehr Arbeit im Homeoffice ermöglicht werden. Da sei „noch viel Luft nach oben“. Eine Pflicht zum Homeoffice lehnt er aktuell jedoch ab. Das Landesgesundheitsamt untersucht Corona-Proben künftig selbst auf Mutationen. Das Land erhofft sich so, bei Verdachts-

fällen schneller reagieren zu können. Bislang mussten Proben von Verdachtsfällen aus dem Land an die Charité nach Berlin geschickt werden. Die Mutationen des Virus aus Südafrika und Großbritannien wurden im Südwesten bereits nachgewiesen.

Im Land sind mittlerweile 76 762 Personen gegen Corona geimpft. Offiziell dürfen sechs Spritzen aus einem Flaschen Impfstoff von Biontech gewonnen werden. Aber: „Wenn die Spritze exakt aufgezoogen wird, sind sieben Dosen drin“, sagte Hans-Jürgen Lipp, Chefapotheker der Uniklinik Tübingen, unserer Zeitung. Experten aus Mannheim und Freiburg bestätigten das.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verteidigte im Bundestag die Impfstrategie. „Natürlich ruckelt es bei der größten Impfkampagne der Geschichte“, sagte er. Er warb für eine hohe Impfbereitschaft und für Vertrauen. Die europäische Zusammenarbeit bei der Impfstoffbeschaffung verteidigte er.
► Kommentar

Kommentar

Reicht nicht

Minister Spahn rechtfertigt das Vorgehen beim Impfen.

VON BERNHARD WALKER

Alle sind Corona-müde, alle sind genervt. Und so blieb Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) keine andere Wahl, als zu tun, was er schon so oft getan hat: Er bat die Bürger eindringlich, durchzuhalten und einander sowie den politisch Verantwortlichen zu vertrauen. Sein Appell ist völlig richtig, weil sich die Pandemie nur gemeinsam bewältigen lässt.

Dabei würde es aber enorm helfen, wenn Berlin den Alltag erleichterte. Warum mussten viele Unternehmer wochenlang auf die Auszahlung der „Novemberhilfen“ warten (manche tun es noch immer)? Warum gibt der Staat seinen riesigen Vorrat an P2P-Masken nicht an Erzieher in der Notbetreuung ab? Warum sagt Spahn nichts dazu, dass manche Länder die Terminvergabe fürs Impfen nicht auf die Reihe kriegen? Manche Ältere haben Enkel, die das Internet nach einem Termin durchforsten – andere nicht. Kein Wunder also, dass viele Senioren zornig sind. Da wäre schon viel gewonnen, wenn die Älteren wenigstens wüssten, wann sie dran sind – auch wenn das oft noch Wochen dauern wird.

Es wäre auch an der Zeit, dass Spahn prüfe, ob Laien die Schnelltests selbst sicher anwenden können. Falls ja, muss er klären, wie sich die Produktion steigern lässt, und die Tests dann an diejenigen abgeben, die in der Pandemie das Land am Laufen halten – seien es Kassiererinnen oder Ehrenamtler, die sich um andere kümmern. „Wer registriert, muss sich erklären“, meint Spahn. Das stimmt – reicht aber nicht aus. Im Bundestag hat er sich nun mit einer überzeugenden Rede erklärt. Soll jedoch das Vertrauen nicht weiter schwinden, muss Berlin die Lebenswirklichkeit stärker in den Blick nehmen.

bernhard.walker@stzn.de

Nawalny kehrt nach Moskau zurück

MOSKAU. Der nach einem Giftanschlag in Deutschland behandelte russische Oppositionspolitiker und Blogger Alexej Nawalny will in wenigen Tagen nach Russland zurückkehren. Er wird am Sonntag mit einer Maschine der Airline Pobeja am Moskauer Flughafen in Wnukowo landen, erklärte Nawalny in den sozialen Medien. In Russland drohen dem Kremel-Kritiker mehrere umstrittene Prozesse. Auf Nawalny war im August in Sibirien ein Mordanschlag mit einem Nervengift verübt worden. Anschließend wurde er nach Deutschland ausgeflogen und in der Berliner Charité behandelt. Nawalny wirft dem russischen Geheimdienst vor, hinter seiner Vergiftung mit einem Stoff aus der Nowitschok-Gruppe zu stecken. (AFP)